

# Danziger Zeitung.



Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bezahlungen werden in das Expedition (Reiterschlagseite No. 4) und auswärts bei allen Käfzern, Postanstalten entgegennommen.  
Preis pro Quartal R. 12.— Auswärts 1 & 20.— Inserate, pro Seite 2 Fr., nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Fleischer und Sohn, Hofklopfer; Eugen Hart und  
S. Fischer; in Hamburg: H. Hassenstein, Vogler; in Frankfurt a. M.: G. V. Dahmen, die Vogelsche Buchdruckerei; in Hannover: Carl Schäffer; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buch.

N 8878.

1874.

**Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.**  
London, 16. Dezbr. Nach hier eingegangenen Melungen aus Cuba haben die cubanischen Insurgenten in einer Städte von 1000 Mann einen Angriff auf Coseco gemacht, der aber zurückgewiesen wurde. — Nach Berichten aus Mexico hat der mexikanische Kongress die Aufhebung der religiösen Orden beschlossen.

**Reichstag.**

32. Sitzung vom 16. Dezember.

Am 12. d. M. hatte das Haus den Antrag des Abg. Lasker angenommen, mit Rücksicht auf die am 11. d. M. erfolgte Verhaftung des Abg. Majunke die Geschäftserstattungs-Commission mit schleuniger Berichterstattung darüber zu beauftragen: „1) ob nach Art. 31 der Reichsverfassung die Verhaftung eines Reichstagsmitgliedes auf Grund rechtskräftigen Strafurtheils während der Session des Reichstages ohne Zustimmung des letzteren verfassungsmäßig zulässig sei; 2) ob und welche Schritte zu veranlassen, um Verhaftungen von Mitgliedern des Reichstags in Folge eines rechtskräftigen Strafurtheils während der Session des Reichstages ohne Zustimmung derselben vorzubeugen.“ Der angezogene Art. 31 der Reichsverfassung lautet: „Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied derselben während der Sitzungsperiode zu wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich. Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied derselben und jede Untersuchungs- oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“ — Im Schooße der Commission waren über verschiedene Anträge gestellt worden, welche entweder ganz und gar oder in einzelnen Theilen abgelehnt worden. Eine Mehrheit von 11 Stimmen gegen eine fand sich nur für die verfassungsmäßige Bulästigkeit der am 11. d. M. erfolgten Verhaftung, indem zwischen der Verhaftung zum Zwecke einer Untersuchung und zum Zwecke der Vollstreckung eines rechtskräftig gewordenen Strafurtheils streng unterschieden wurde. Alle übrigen Vorschläge: entweder den Art. 31 der Verfassung dahin zu ändern, daß auch eine Strafvollstreckung sowie jede Freiheitsstrafe über ein Mitglied des Reichstages nur unter Zustimmung des Reichstages während der Dauer der Session verhant werden dürfe, — oder die Verfassungsfrage vorläufig auf sich beruhen zu lassen und im vorliegenden Fall sowie in allen künftigen ähnlichen Fällen durch Zusammensetzung des Reichstagskamers bei den Landesregierungen Abhilfe zu schaffen, so daß der Reichstag über die Thatslichkeit der Strafvollstreckung zuvor gehört werden muß, — alle diese in verschiedene Formen gefleideten Anträge wurden abgelehnt. Auf die Mittheilung ihres Wortlautes dürfen wir uns so eher verzichten, als sie heute im Plenum zum Theil wieder eingebacht werden. Es beantragen nämlich 1) Abg. Becker: In Erwähnung, daß das Bedürfnis die Frage der Bulästigkeit der Strafvollstreckung gegen ein Mitglied des Reichstages

während der Dauer der Reichstagsession gesetzlich zu regeln, zweitmäig bei der Beratung der Strafprozeßordnung seine Erwähnung finden wird, gebt der Reichstag über die in dem Antrage des Abg. Lasker gestellten Fragen zur Tagessordnung über. 2) Abg. Sonnemann: Der Reichstag wolle beschließen, die Entlassung des Abg. Majunke aus der über ihn verbürgten Haft für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode zu verlangen; 2. den Reichskanzler zu erufen, zur Ausführung dieses Beschlusses das Nötigste zu veranlassen. 3) Abg. Windthorst: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler aufzufordern, daß das während der gegenwärtigen Reichstagsession verhaftete Mitglied des Reichstages Majunke während der Dauer der Sitzungsperiode aus der Haft entlassen werde. 4) Abg. Banks: Der Reichstag wolle beschließen, dem nachfolgenden Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben: Gesetz, betreffend die Abänderung des Art. 31 der Reichsverfassung. Einziger Paragraph: im 3. Absatz des Artikels 31 der Verfassung des Deutschen Reiches hinter dem Worte „Strafversfahren“ einzufügen: „so wie jede Strafvollstreckung, so daß der 3. Absatz des Art. 31 folgendermaßen lautet: Auf Verlangen des Reichstages wird jedes Strafverfahren sowie jede Strafvollstreckung gegen ein Mitglied derselben und jede Untersuchungs- oder Civilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“ 5) Abg. Hoffmann: Der Reichstag wolle beschließen, dem Absatz 1 des Art. 31 der deutschen Reichsverfassung folgende Fassung zu geben: „Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied derselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“

Präsident v. Forckenbeck: Die Anträge Becker, Sonnemann und Windthorst sind als Abänderungsanträge zu dem Commissionssbericht gestellt, und über ihre Behandlung kann in Beziehung auf die Geschäftsordnung kein Zweifel sein. Dagegen enthalten die Anträge Banks und Hoffmann Gesetzentwürfe von einer weit tragenden Bedeutung, da sie eine Abänderung der Verfassung involvieren. Sie können daher in der heutigen Sitzung nicht erledigt werden, da nach den §§ 16, 17, 18 und 20 der Geschäftsordnung bei allen Anträgen, welche einen Gesetzesvorwurf enthalten, eine dreimalige Leitung und Beratung stattfinden muss. Auch die erste Beratung dieser Anträge könnte eigentlich und hätte genommen nur erfolgen, wenn dieselben zuvor gedruckt vorgelegen haben und die in § 20 vorgedrehte Frist bis zur ersten Beratung abgelaufen ist. Die Anträge sind aber, wie nicht bestritten werden kann, durch den Bericht der Geschäftsordnungskommission hervorgerufen, und wenn daher Niemand im Hause widerstreitet, so würde ich vorschlagen, hente wenigstens die erste Beratung derselben, jedoch nur diese, anzulassen. — Abg. v. Kardorff erhebt Widerspruch. — Abg. Lasker giebt anheim, ob nicht die Antragsteller ihren Zweck erreichen, wenn sie ihre Anträge, welche zur Abänderung der Verfassung gestellt sind, in die Form einer Resolution kleiden. — Abg. v. Höverbeck: Die Commission war in jedem Falle berechtigt, einen Antrag zu stellen, der eine Abänderung der Verfassung enthält; und wenn dieselbe zu einem solchen Beschluss

leider nicht gelommen ist, so muss es unzweifelhaft auch jedem Mitgliede des Hauses gestattet sein, einen derartigen Antrag zu stellen. Um indes in jedem Falle die erste Lesung dieser Anträge sicher zu stellen, beantrage ich, dem Rathe des Abg. Lasker folgend, eine Resolution dahin lautend: der Reichstag wolle beschließen, zu erklären: „Beufs Aufrechterhaltung der Würde des Reichstages ist es nothwendig, im Wege der Declaration resp. Abänderung der Reichsverfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages verhaftet werde.“ — Abg. Banks kleidet gleichfalls seinen Antrag in die Resolution, den Reichskanzler aufzufordern, folgenden Gesetzentwurf zu erlassen u. s. m. Hoffmann zieht seinen Antrag zurück.

Präsident von Forckenbeck bemerkt, daß da sämtliche Anträge nicht gedruckt vorliegen, nach der Geschäftsordnung eine nochmalige Abstimmung über dieselben nothwendig sei.

Abg. Becker (Oldenburg): rechtfertigt die von ihm beantragte motivierte Tagessordnung damit, daß es besser ist, die Frage einer tüchtiger, jürgfältigen Erwähnung zu überlassen, besonders da dann auch noch andere Punkte zur Sprache kommen müssten, wenn die Sache einmal einer gesetzlichen Regelung unterworfen werden sollte, denn außer den Civil- und Strafhaften gibt es noch andere Arten der Haft.

Abg. Windthorst: Als der Antrag des Abg. Lasker am Sonnabend eingebracht wurde, war das Haus fast einstimmig; heute soviel Kopfe, soviel Stimme, indem man ganz außerordentlich gründlich bemüht gewesen ist, ein nothwendiges Recht des Reichstages in Zweifel zu ziehen. Wenn der Reichstag in diesem ersten Fall seine Meinung erklärt und die Herausgabe verlangt hätte, so würde dadurch ein für allemal ein Brüdjudiz geschaffen sein. Wenn vor Eröffnung des Reichstages die Haft begonnen hätte, so hätte angefischt des klaren Wortlautes der Verfassung nichts geschehen können. Der Abg. Majunke ist aber erst nach der Eröffnung des Reichstages in Haft gebracht, nachdem er lange Zeit an den Verhandlungen derselben Theil genommen hatte. Der Angeklagte ist auch vorher in keiner Weise benachrichtigt worden, er wurde einfach auf die Stadtwoitei beschränkt und dort sofort verhaftet; es wurde ihm nur gestattet, in Begleitung eines Schutzmannes nach Hause zu gehen, um das Redaktionspersonal seiner Zeitung zu benachrichtigen und sich mit Wäsche und Büchern zu versehen. Eine solche Verhaftung kann sich der Reichstag nicht gefallen lassen und kann darüber nicht nur Tagesordnung übergehen, ohne dadurch seine Würde verletzt zu sehen. (Sehr wahr!) Nach dem Auftaue, den man gemacht hat, würde ein solcher Rückzug vom deutschen Volke nicht befriedigen werden, und auswärts noch viel weniger. (Sehr wahr!) Ich bin der Meinung, daß der Art. 31, wenn er nicht eine Tautologie enthalten soll, bestimmt, jede Verhaftung ohne Genehmigung des Hauses ist während der Sitzungszeit unzulässig. Wenn man bei Familien- und Gefährdetenrecht eine Aussetzung der Strafhaft für zweitmäig hält, so ist dasselbe Bedürfnis hier wohl ebenso vorhanden. Da die liberalen Parteien in dieser Sache in dankenswerther Weise die

Initiative ergriffen hatten, so hätte ich sie gern darin gelassen; der Abg. Becker aber will die Sache der Criminalprozeßordnung überlassen, die jedenfalls noch eine geraume Zeit auf sich warten lassen wird. Ich bin deshalb der Meinung, daß wir meinen Antrag möglichst einstimmig annehmen müssen, um ein Brüdjudiz zu schaffen; für den Antrag kann Ledermann stimmen, welche Ansicht er auch von dem Art. 31 hat: der Antrag Becker ist wieder nur eine spanische Wand, hinter der sich die liberalen Parteien zurückziehen wollen. Ich beklage nur, daß die Reichsregierung nicht in der Lage war, unsere Discussion dadurch abzufüllen, daß sie den Abg. Majunke aus der Haft entließ, da es sich hier nur um eine Maßregel der Justizverwaltung handelt, und der Justizminister wohl in der Lage war zu sagen: „der Mann muß bis zum Schluss des Reichstages beurlaubt werden.“

Bundesbevollmächtigter Leonhardt: Der Vorredner sagt, Herr Majunke sei außerordentlich eilig eingesperrt worden, ohne daß er gewußt hätte, weswegen. Die Sache liegt aber einfach so: Das rechtfristige Urteil erging unterm 23. September 1874. Dieses Erschütterung dritter Instanz ging dem Stadtgericht am 29. September zu. Dieses verfügte am 6. October die Behandlung des Erschütterung an den Angeklagten und den Erlass einer Aufforderung an den Richter zum Antritt der Strafe innerhalb acht Tagen. Darauf wurde berichtet: Der Adressat ist nach der Aussage des Directors Giraud auf unbekannte Zeit verreist; Aufenthaltsort unbekannt. Diese Erklärung eines wie es scheint den Verhältnissen nahestehenden Mannes ist doch immer etwas bedenklich. Das Erschütterung ist darauf am 22. October dem Anklagten durch Anhänger an die Thür seiner Wohnung vorschriftsmäßig behandigt. Am 30. October ist die Verhaftung verfügt. Ich glaube doch, daß Niemand mit Grund behaupten kann, daß gegen Hrn. Majunke mit besonderer Eile verfahren wäre, oder daß er nicht gewußt hätte, daß seine Verhaftung bevorstehe, oder daß er nicht seine Errichtungen in dieser Beziehung hätte treffen können. Der Vorredner hat auch den preuß. Justizminister genannt. Ich glaube, daß der Abg. Windthorst nicht sowohl unbekannt ist mit den Rechten des preußischen Staates, wie mit den Gesetzen. Denn wäre er mit diesen Gesetzen vertraut, so würde er nicht haben behaupten können, daß die Strafvollstreckung in den alten Provinzen der Monarchie Sache der Justizverwaltung sei; sie ist vielmehr Sache der Gerichte. Der Staatsanwalt hat nur die ganz allgemeine Befugnis, Anträge wegen der Strafvollstreckung zu stellen. Wenn aber die Strafvollstreckung Sache der Gerichte ist, dann ist der Justizminister nicht berechtigt, sich einzumischen. Er hat in dieser Beziehung die Unabhängigkeit der Gerichte zu wahren. Ich kann mir ausnahmsweise, aus besonderen Gründen in die Strafvollstreckung mich einmischen. (Hört! Hört!) Aber das kann ich nur im Wege der Gnade auf Anhänger des Angeklagten. Hrn. Majunke hat aber ein solches Gelehr nicht eingereicht und ich glaube, er wird es auch sicher nicht thun. Ich zweife deshalb auch sehr, ob Ihre weiteren etwaigen Beschlüsse weiterführen und wenn Hrn. Majunke nicht aus dem Gefängnis heraus will, dann ist der Justizminister völlig lähm (Gitterkett).

**Die Prozeßverhandlungen gegen den Grafen Harry Arnim.**

× Berlin, 16. Dezbr.

Die gestrige Nachmittagsitzung wird mit der Erwiderung des Staatsanwalts auf die Rede des R.-A. Dockhorn eröffnet: Die Attacke des Vertheidigers auf die Vorwürfe sei keine besonders scharfe gewesen. Die Affären Murrah und Ernst seien von der Anklage unbeachtet gelassen. Auch habe er dem Angeklagten nicht zur Last gelegt, daß er Bekleidungsversuche bei der „Presse“ angewendet. Auf die Hauptfeststellung habe der Vertheidiger auch nicht besonders glücklich operiert, habe weder Bresche geschossen, noch ihn zum Capitulieren gewungen. Er habe den Angeklagten nicht mit der „Faction Kullmann“ in Verbindung gebracht. Er gebe zu, daß der Angeklagte statt der Originale sich mit den Abschriften der Schriftstücke habe beginnen können für seine Publicationen. Aber Schriftstücke haben später nicht die Beweiskraft der Originale, und sie wurden dimitriert zu lassen, habe doch auch seine Bedenken. Außerdem mache er darauf aufmerksam, daß nach der Aussage Beckmann's der Angeklagte diesem gegenüber erläutert habe, daß er zwar glaube, seine Stellung stelle auf dem Spiele, aber daß er seine Entlastung und Verleumdung nicht befürchte, denn er habe Atenstücks hinter sich, deren Veröffentlichung Fürst Bismarck befürchtet müsse. Dass die Schriftstücke nicht persönlich Natur, sondern von hervorragender politischer Bedeutung seien, gebe daran hervor, daß dieselben jetzt die Runde durch die gesamte Presse der Welt machen. Eine Parallele zwischen diesem Prozeß und dem Prozeß Waldeck werde wohl nur auf die Localität, in der er verhandelt werde, nicht aber auf das Endresultat derselben anwendbar sein.

R.-A. Dockhorst constatirt, daß hier ein neuer, nicht verhörteter Zeuge auf die Bühne gebracht worden, sehr zweifelhafter Natur, der Herr Beckmann. Es sei nicht Usus, daß ein Gerichtshof Werth legt auf die Aussage einer Person, die nicht als Zeuge vor dem Gericht vernommen.

R.-A. Munkel will die Versammlung nicht lange ermüden, er will nur zu bedenken geben, wie es denn möglich sein könne, auf so zweifelhafter Basis eine solche Anklage zu erheben. Die Anklage habe begonnen mit der Thätigkeit des leichtvernommenen Zeugen v. Hollstein, der mit seiner geläufigen Aussage auf ihn denselben Eindruck ausgeübt habe, wie Zeuge Dr. Zehlicke. Die Beweisführung des Angeklagten, des Vorgesetzten, durch seinen Untergebenen v. Hollstein habe die Zwietracht zwischen dem Reichskanzler und dem Botschafter hervorgerufen. Das Stärkste sei aber

dass diese Papiere sich unter seltenen Sachen hier befinden, denn diejenigen Papiere, die er nicht zurückgeben und zu seiner Vertheidigung benutzen wollte, hatte er schon von dem Augenblicke an, wo seine Sicherheit nur eine relative war, außerhalb Deutschlands in Sicherheit gebracht. Der Angeklagte habe die Papiere aus Karlsruhe frischzeitig genug zurückgesendet, und nicht allein die von ihm eingeforderten sechs, sondern auch weitere acht Blätter freiwillig; das sei der deutlichste Beweis von der Absicht, die Papiere freiwillig zurückzugeben. Wenn aber noch die Frage überhaupt entschieden werden sollte, warum der Angeklagte die Papiere nicht in Paris gelassen, so könnte man darauf hinweisen, daß der Botschafter die Papiere von Rom nach Paris mitgenommen, und daß er sich sagen könnte, hast Du die in Rom entstandenen Papiere nach Paris mitnehmen und dort verwahren können, so kannst Du sie auch nach Konstantinopel (wohin er gesendet war) mitnehmen und dort verwahren. Redner kritisiert hierauf die sogenannten Conflictspapiere, welche er für rein privat Natur erklärt. Bei allen drei Punkten der Anklage fehlt tatsächlich der dolus des Angeklagten und das genüge schon allein zur Rechtfertigung des Antrags auf Freisprechung des Angeklagten.

Staatsanwalt Tessenow: Die Schreibweise des Staatssekretärs v. Böllow, welche der Vertheidiger eine dänische nennt, habe wenigstens den Vorbehalt der Deutlichkeit. Die Langmuth, welche das auswärtige Amt dem Angeklagten gegenüber beobachtet, halte er für bewundernswürdig. Die Anschuldigungsschrift des auswärtigen Amtes war sehr deutlich und klar, und aus derselben muß Ledermann die Notwendigkeit der Verhaftung und Einleitung der Untersuchung folgern. Ebenso bestreitet Redner den disciplinaren Charakter der Schriftstücke. Der Angeklagte habe geglaubt, daß seine Stellung und seine Beziehungen die Vorgesetzten des Angeklagten war, habe das Verfahren der Vorgesetzten des Angeklagten hervorrufen.

R.-A. Munkel: Dieser letzten Auffassung des Staatsanwalts widerspreche die Thatsache, daß der Angeklagte aus freien Säcken die Papiere zum Theil zurückleserte. Nur der Ton der Erklasse des Hrn. v. Böllow, der nicht der Vorgesetzte des Angeklagten war, habe das Verfahren des Angeklagten hervorrufen.

Angell. Graf Arnim erhebt sich: Meine befreiten und gelehrten Vertheidiger haben die juristischen Punkte in der Anklage meiner Ansicht nach so glänzend widerlegt, daß ich mir nur schaden

könnte, wenn ich darauf zurückkommen wollte. Ich möchte nur noch einige wenige Worte beizufügen: Der Herr Staatsanwalt hat das Wort Conflictsachen, welches aufgrund auf einem Actenstück geblieben stand, sehr häufig ironisch wiederholt. Er hat sich selbst ein Actenstück angelegt und dieses auch Conflictsachen genannt; für ihn ist es eben aber nichts anderes, als ein Actenstück, für mich ist es aber mehr, für mich war dieses Actenstück ein Grab, in welchem ein Freundschaftsband sein Ende gefunden hat, welches von meiner frühesten Jugendzeit begonnen hat. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, was Alles von diesem Actenstück umschlossen war, so werden Sie glauben, daß ich mich wohl berechtigt glaubte und wohl dazu kommen könnte, sie für mein Eigentum anzusehen.

Es sind hier auch gegen mich Anklagen erhoben worden, die in der Anklageschrift nicht stehen; sie gipfeln darin, daß ich in Paris meinen Instructionen zuwiderr gehandelt hätte. Die Geschichte wird wahrscheinlich sich mit diesem Prozeß und seinen Ereignissen, die dazu geführt haben, noch beschäftigen. Man wird jedes Blatt umlehren von den Berichten, die ich geschrieben habe, und von den Erlassen, die ich bekommen habe, und es wird sich nirgends ein Punkt finden lassen, aus welchem ich sich befreien ließe, daß ich meinen Instructionen zuwiderr gehandelt hätte. Wie mein Freund, der Herr v. Holzendorff, gesagt hat, ist der Begriff von instructionswidrigen Berichten hier nicht zulässig. Darüber kann wohl ein Zweifel nicht sein, leider ist es nach dem Reichsbeamtengebot nicht gestattet, eine Disciplinary-Untersuchung zu beantragen, sonst würde ich sie von dieser Stelle aus beantragen, ob ich je zu irgend einer Zeit meinen Instructionen zuwiderr gehandelt hätte. Noch vor 100 Jahren bestand in Deutschland das Institut des Reinigungsgebäudes. Es war jedem unbefohlenen Manne gestattet, sich von Anklagen durch einen Schwur zu reinigen. Wenn dieses Institut bestände, meine Herren, so würde ich an dieser Stelle schwören, daß ich keine rechtswidrige Absicht gehabt habe, als ich diese Acta, um die es sich handelt, beklieb. Weiter habe ich nichts zu sagen.

Nachdem der Präsident noch im Namen des Untersuchungsrichters versichert, daß dieser nach bestem Wissen und Gewissen verfahren sei, schließt er die Sitzung mit der Nachricht, daß das Urteil Sonnabend Nachmittags 4 Uhr verlesen wird.

Abg. Banks: Der Justizminister hat erklärt, in dem ganzen Vorgange steige nichts Auffälliges, da die Ausführung der Erkenntnisse Sache der Gerichte sei. Aber im vorliegenden Falle ist ja die Initiative gar nicht vom Stadtgericht, sondern von der Staatsanwaltschaft ausgegangen. (Hört! links.) Mag das auch nicht illegal sein, so ist es doch wenigstens ungewöhnlich. Der Richter erster Instanz hat die Verhaftung des Abg. Majunke abgelehnt, aber der Staatsanwalt hat sich dabei nicht beruhigt, sondern einen Rechtsmittel gegen den Beschluss eingelegt und seinen Richter gefunden. (Hört! links.) Wir haben aber auch keine Aufklärung darüber, weshalb das Stadtgericht den Wink des Kammergerichts, daß vielleicht andere Umstände die Verhaftung nicht thunlich erscheinen ließen, nicht beachtet hat. Es wirft das ein sehr bezeichnliches Licht auf das ganze Verfahren, welches das Gefühl des Hauses vollständig rechtfertigt, daß hier eine Verlegung der einem Volksvertreter gebührenden Achtung vorliegt, und diesem Gefühl gab auch der mit Einstimmigkeit an die Geschäftsvorordnungs-Commission überwiegene Antrag Laster Ausdruck. Schon aus diesem Grunde erscheint mir die Resolution des Abg. Becker unannehmbar. Mit dem Abg. Windthorst stimme ich im Resultat überein, kann keinen Ausführungen aber nicht beitreten. Im Gegentheil zu Herrn Becker, der die Frage nur vom juristischen Standpunkt beurtheilt wissen und deshalb die Entscheidung hießt anzusehen will, läßt sich Herr Windthorst nur von politischen Gesichtspunkten leiten. Beide Ansichten sind wie alle extremen, unrichtig, die Wahrheit liegt in der Mitte, und eben weil hier politische Erwägungen mit rechtlichen konkurrieren, kann ich die Frage nicht der Entscheidung einer Commission von Fachjuristen überlassen, welche die Criminalprozeßordnung zu berathen haben wird. Die theoretischen Bedenken gegen eine Erweiterung des Art. 31 kommen in der Wirklichkeit nicht in Betracht, man müßte dann die Befürchtung hegen, daß lauter Spitzbuben in den Reichstag gewählt werden könnten, welche sich hinter der Würde des Reichstagsabgeordneten verstecken werden, um sich der Bestrafung zu entziehen und während der Session die Flucht ereignen (Heiterkeit). Mein Antrag beweist, den Bestand des Hauses aufrecht zu erhalten, der nicht geschmälert werden darf durch die Ausführung von Erkenntnissen. Wir befinden uns damit schon auf einem bedenklichen Wege. Bei Eröffnung der Frühjahrssession jassen zwei Mitglieder dieses Hauses im Gefängnis, beim Beginne dieser Session war ihre Zahl bereits auf vier gestiegen, über einem fünften Mitgliede schwelte bereits damals das inzwischen eingetretene Gesetz. Geht das in dieser Progression erlösend weiter (große Heiterkeit), so weiß ich nicht, wohin wir noch kommen werden. Die Frage ist daher für mich eine eminent politische, denn sie gipfelt darin, ob Verurtheilungen wegen politischer Vergehen — um andere hat es sich bisher nicht gehandelt — geeignet sein sollen, den Bestand des Hauses zu verringern. Aus diesem Grunde halte ich einen möglichst einstimmigen Beschluß des Hauses für wünschenswert, fürchte aber, daß der Antrag Windthorst dieses Resultat nicht haben wird. Wir müssen klar und deutlich sprechen: wir wollen eine Änderung der Verfassung, damit Darartiges nicht mehr vorkomme.

Bund-Bewolln. Leonhardt: Der Vorredner hat die Verhaftung des Abg. Majunke auf die Initiative des Staatsanwalts zurückgeführt, das ist unrichtig. Das Stadtgericht hatte bereits am 6. Oktober aus eigenem Antriebe die Verhaftung beschlossen, und erst später ging es in Folge anderer Erwägungen von diesem Beschuß ab. Darauf hat sich der Staatsanwalt beschwert. Sie fragen: Wie kam er dazu? Er drängte sich nicht auf, sondern der Beschuß wurde ihm zur Kenntnahme mitgetheilt, dann war er berechtigt, darüber Beschwerde zu führen und das Kammergericht hat ihm darin Recht gegeben. Nach meiner persönlichen Meinung wird der gesetzgeberische Gedanke des Art. 31 der Verfassung durch die Resolutionen Windthorst und Sonnenmann vollkommen bestätigt. Der Zweck des Artikels ist, tendenziöse Verfolgungen abzuschneiden. Diese Ansicht wird von allen bedeutenden Staatsrechtslehrern, von v. Mohr, v. Rödme, Bacharia u. s. w. getheilt. Ist jemals im parlamentarischen Rechte ein ähnlicher Gedanke, wie er in diesen Resolutionen liegt, ausgesprochen worden? Im Frankfurter Parlamente sicherlich nicht, dort war der befränkende Sinn des Art. 31 noch präziser ausgedrückt. Das englische Verfassungsgesetz geht lange nicht so weit wie der Art. 31, und wenn ich bedenke, welche Collusion er schon jetzt zwischen der Befugniß des Volksvertreters und dem Justiz hervorruft, so würde ich mit einer Erweiterung derselben doch sehr überlegen. Ich glaube, dazu ist jetzt die Zeit nicht angekommen. Ob der Reichskanzler in der einen Resolution erfuhr, in der anderen aufgefordert wird, die Entlassung des Herrn Majunke zu veranlassen, ist am Ende gleichgültig. Ob er der Auflösung nachkommen wird, das weiß ich nicht, ich habe darüber mit ihm noch keine Rücksprache genommen. (Heiterkeit. Fürst Bismarck hat inzwischen neben dem Redner Platz genommen.) Aber der Reichskanzler kommt gar nicht in die Lage, direct thätig zu sein, er muß wieder den preußischen Justizminister ersuchen, und ich kann nicht sagen, was der deut und ihm wird. (Große Heiterkeit.) Er wird die Sache erst übersehen wollen, und so wird er zweifellos finden, daß das Kammergericht ganz richtig gehandelt hat, denn die dagegen aus Art. 31 gefallten gesetzlichen Bedenken sind hinfällig.

Die Gnadengefuch des Herrn Majunke liegt mir nicht vor. Nun ist vielleicht der Justizminister nicht so streng daran gebunden, daß Gnade kann vielleicht nicht nur von dem Verurtheilten, sondern auch von Dritten ausgehen, und wenn der Reichstag den Wunsch zu erkennen giebt, den Mann zu entlassen, so ist er vielleicht formell im Recht das zu thun, aber er möchte doch erst erfahren, ob Sie das als Gnade von ihm oder als Ihr Recht verlangen. Alles dies muß der Justizminister im Falle der Annahme einer solchen Resolution erwägen, und wenn Ihnen das Resultat seiner Erwägungen nicht gefallen sollte, so seien Sie darüber nicht unwillig, er hat gewiß den Wunsch, dem Reichskanzler entgegenzutreten. Wenn Sie den Abg. I des Art. 31 ohne Berücksichtigung seines dritten Altnas auslegen, f. auslegen, daß danach die Verhaftung eines Mitgliedes zum Zwecke der Strafvollstreckung während der Session nicht zulässig ist, so dürfen Sie auch jeden Augenblick die Entlassung der bereits vor dem Beginne der Session in Strafschafft befindlichen Mitglieder fordern und da erscheint denn Ihr am Anfang der Session eingeschlagene Verfahren von einer eigenartlichen Consequenz. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Sonnenmann: Ich habe die verfassungsmäßigen Bedenken einzelner Mitglieder des Hauses gegen einen Antrag wie der meinige stets nur als eine Folge mangelhafter Declaration der Verfassung angesehen und mir nie denken können, daß die norddeutsche Bundesverfassung im Jahre 1867 in Bezug auf den Schutz der Reichstagsabgeordneten nur zurückgegangen wären hinter die Bestimmungen der meisten deutschen Einzelverfassungen, welche in ganz bestimmt unzweideutigen Worten den gesetzgebenden Versammlungen das Recht verleihen, die Herausgabe verhafteter Mitglieder zu verlangen. Die bürgerliche, säkularische, katholisch-berufliche, bürgerliche und die frühere bürgerliche Verfassung gewährten dieses Recht. Es ist dies gewissermaßen ein natürliches Recht, wie es auch Federmann im Hause gefühlt hat als die Nachricht kam, daß der Abg. Majunke verhaftet sei. Eine gesetzgebende Versammlung kann gar nicht in ihren Verhandlungen und Berathungen mit Sicher-

heit forfahren, wenn es ihr passieren kann, daß ein Berichterstatter über ein Gesetz an denselben Morgen, wo das Gesetz berathen werden soll, plötzlich verhaftet wird. Ein solcher offensichtlicher Missglück in unserem öffentlichen Recht gegen alle die genannten kleineren Verfassungen kann unmöglich die Absicht der Antragsteller zu Art. 31 der Verfassung im Jahre 1867, und eben so wenig die Absicht des allerdings unklar behaltenen Artikel 8 der preußischen Verfassung sein. Beide Beispiele liegen nun für den heute vorliegenden Fall nicht vor, und es ist daher der Reichstag vollkommen im Stande, durch seine Entscheidung ein Präzedenz zu schaffen. Wenn dies aber der Fall ist, so kann der einzige richtige Weg nur der sein, nicht etwa auf Zukunft ge Beihilfe einer Criminalprozeßordnung oder auch Verfassungänderung zu verweisen, sondern sofort den Abg. Majunke zu reklamieren. Wenn dies der Reichstag entschieden ausspricht, so stimme ich dem Abg. Banks bei, daß einem solchen Beschuß von Seiten der betreffenden Behörde folge gegeben werden muss. Auch diesen, die aus Verfassungsbedenken gegen einen solchen Antrag waren, können jetzt unbedingt dafür stimmen, nachdem der Justizminister selbst ausdrücklich erklärt hat, er würde einem derartigen Beschuß des Hauses folge geben. Bei dieser Gelegenheit muß ich wiedergewähren, daß der Abg. Most, der sich auch unter den Verhafteten befindet, aus seinem Gefängnis heraus, einen Brief an den Justizminister gerichtet hat, in dem er die Session des Reichstages zu beurtheilen, daß dieser Antrag aber bei dem Justizminister kein Eindruck habe. (Hört! links.) Aus einem Zeitungsbericht über die Verhandlungen der Commission habe ich erfahren, daß das derselbe das Verfahren des Staatsanwalts Tiesendorf in dieser Sache einer sehr scharfen Kritik unterworfen worden ist. Ich habe nun gewiß keinen Anlaß, diesen Herrn Staatsanwalt besonders in Schuß zu nehmen; aber der Eindruck hat sich mir doch aufgedrängt, daß die Ablösung des Drums in dieser Sache auf den Staatsanwalt entschieden ungerechtfertigt ist. Die Ansichten der Staatsanwälte sind ja immer nur der Rest der Anschauung in der mährenden Regierungskreise. (Sehr wahr! links.) Sind doch in einem sehr kurzen Zeitraum 784 Straf- und Verfolgungsanträge wegen Preußenvergehen und Beleidigungen des Reichstanzlers durch die Presse an die Gerichte im Deutschen Reich gestellt worden. (Hört! hört! im Centrum.) Die Staatsanwälte haben immer nur das ausgeschlossen, was die Regierungen eigentlich wünschen. Der Reichskanzler erklärte in der Sitzung vom 30. November, er wünsche, daß kein Winkel des öffentlichen Lebens unbelichtet bleibe, ihm sei jede Kritik willkommen, wenn sie nur sachlich sei. Nun unter diesen zahllosen Strafanträgen sind eine sehr große Menge, die sich auf rein politische Kritiken beziehen. Es ist im Deutschen Reich im Augenblick nicht mehr ge stattet, die Äußerungen großer englischer oder amerikanischer Blätter über die Lage in Deutschland wiederzugeben oder rein sachlich zu kritisieren. Die Befolgsung dieses Systems in Stellung von Strafanträgen hat d. h. geführt, daß das Deutsche Reich nicht mehr berechtigt ist, sich in die Reihe der germanischen Staaten von England, Holland, Amerika zu zählen, welche keine politische Gefangen und keine Preußenvergehen kennen, sondern, daß wir in die Reihe der romanischen Staaten eingetreten sind, bei denen politische Presse zur Tagesordnung gehören. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, wenn Sie nicht wollen, daß diese Sache, die mit solcher Einmündigkeit begonnen wurde, gänzlich ins Wasser fällt.

Abg. Lasker: Meine Ansicht, von der ich allerdings meine, daß sie Minderheit im Hause ist, steht fest, geht dahin, daß die Verhaftung des Abg. Majunke dem Abg. I des Art. 31 der Verfassung widerspricht. Zuvieldest will ich aber bemerken, daß die Ansicht des Justizministers, ein Aufschub der Strafvollstreckung sei ein Gnadenakt von ihm, nicht richtig ist. Meines Erachtens ist der Justizminister überhaupt keine Instanz für Gnadenerteilung, außer in denjenigen Fällen, in welchen die Begnadigung etwa ausdrücklich delegirt wäre. Im amtlichen Justizministerialblatt von 1854 S. 203 heißt es: "Die Ausschüttung und Unterbrechung erkannter Strafen ist kein Theil des Begnadigungsrechts. Die Strafe wird nicht erlassen, sie bleibt unverändert und es handelt sich nur darum, die Nachtheile abzuwenden, welche aus der sofortigen Vollstreckung der Strafe entstehen würden. Die Befugniß zur Benützung eines Aufschubs der Strafvollstreckung erscheint als ein Aufschub der dem Justizminister zustehenden obersten Ansicht über die Criminalrechtspflege (hört!), ist jedoch zum Theil den Gerichten höchst übertragen." Das steht in directem Widerstreite mit den Worten des Justizministers! In der weiteren Erläuterung der Grundlage heißt es dann, daß bei Gefuchen um Ausschüttung der Strafvollstreckung auf längere Zeit der Justizminister befragt werden muß. Man erkennt daraus, daß die Auslegung der Strafschaff vom Justizminister nicht als Gnadeninstanz, sondern als oberste Instanz für die Strafrechtspflege wahrgenommen wird. Der Justizminister behauptet nun, nur dann eine Entscheidung treffen zu können, wenn ein Antrag an ihn gelangt. In der Justizpraxis aber kommt es häufig genug vor, daß Dritte Geuche einreichen und daß in Folge dessen die Sache zur Cognition kommt, und unter Umständen auch Ausschüttung der Strafvollstreckung eintritt. Von einem förmlichen Antrag ist also nicht die Rede und ich muß constatiren, daß der Justizminister schon seine Neigung zu erkennen gegeben, auf etwa zu seiner Cognition kommenden Wunsch des Hauses zu überlegen, ob aus öffentlichen Verhältnissen des Verhafteten die Freilassung oder der Aufschub der Strafvollstreckung erfolgen könne. Die Sachlage ist folgende: Kurz ehe der Reichstag eröffnet wurde, wurde ein Haftbefehl gegen Majunke erlassen, der bei Öffnung des Reichstages an das Stadtgericht zurückgelangte, vermutlich, weil die ausführende Behörde verfassungsmäßige Bedenken gegen die Verfolgung hatte. Darauf hat das Stadtgericht die verfassungsmäßigen Bedenken geheftet, also die Verhaftung für unzulässig erklärt und die Sache in seinen Acten behalten. Der Staatsanwalt aber erhob eine Beschwerde beim Kammergericht und das ohne Zweifel eine Initiative des Staatsanwalts. Ich weise nicht dar, daß der Justizminister in seiner Tendenz, sich der Rechtspflege so fern wie möglich zu halten, von uns nur bestärkt werden wird. Aber der Justizminister hat es nicht bloss mit Recht sprechenden Rechten zu thun, er ist auch ein politischer Mann und muß aus Gründen der Politik gar oft Directiven geben, wo das Gesetz ihn verpflichtet, dies zu thun. Ich erachte es nicht für richtig, daß die Justiz ein Interesse habe, ob eine Strafe heute oder später vollstreckt werde. Die Heiligkeit der Rechtspflege verlangt nur, daß das Ereignis überhaupt vollstreckt werde. Wenn das Ereignis nicht zu zeitig ist, um wegen einer Kartoffelernte ausgetestzt zu werden, so ist es auch nicht zu verhindern, wenn die Vollstreckung in diesem Falle aufgeschoben wird für eine Anzahl von Wochen oder Tagen. — Nun komme ich zu der Ausführung, weshalb ich der Meinung bin, daß Absatz 1 des Art. 31 der Verfassung seinem Inhalte nach auch die Strafschafft hat auszuschließen wollen. Die Nichtvollstreckung einer Strafschaff ist kein Blus von Privilegien gegen die Nichtvollstreckung einer Untersuchungshaft, sondern vielmehr ein Minus. (Sehr richtig.) Es ist auf die Verfassung des Art. 31 eingegangen worden. Ich meine aber, daß das Haus die Absicht gehabt hat, den Wortlaut der preußischen Verfassung hierher zu über-

tragen. Aus der Vorgeschichte der letzteren ergibt sich aber, daß sämliche damals befreite Redner und Commissarien sich des Unterschiedes zwischen Strafschaff und Vollstreckungshaft nicht bewußt geworden sind. Leiderdies hat 1848 die belgische Verfassung als Verhältnis vorgeschwebt, die deutlich genug gegen die Vollstreckung der Strafschafft gefaßt ist. Damals ist ferner die preußische Verfassung verhandelt worden auf der Grundlage der damaligen deutschen Verfassungen. Wer den ursprünglichen Entwurf aller der damaligen hier beprochenen Anträge kennt und den Namen Waldeck damit in Verbindung bringt, der wird mir zugestehen, daß schwerlich die Absicht vorgelegen haben kann, man habe der preußischen Verfassung einen Vorwurf geben wollen, der den Schutz des Hauses gegen das beschwören soll, was damals allgemeine Meinung und gütiges Verfassungsgesetz gewesen ist. Sacharias stellt als zweitelles fest, daß die Vollstreckung der Strafschaff ohne Genehmigung der Parlamentskörper nicht gestattet sei nach der Verfassung der deutschen Verfassung. — Für jeden, der mit dem Redigieren von Gesetzen umzugehen pflegt, ist es ganz klar, daß der Wortlaut die Verhaftung ganz allgemein in sich begriffen hätte wenn er wie folgt lautete: "Obne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung verhaftet werden, außer wenn er bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird." Nun aber hatte man damals Erwägungen angestellt, daß der Schutz gegen Verhaftung noch nicht genüge, sondern auch noch ein Schutz gegen Untersuchung notwendig sei, und um recht vorsichtig zu sein, hatte man die Worte „im Untersuchung“ gezoen n. oder“ eingeschaltet und dadurch erläutert hat, er würde einem derartigen Beschuß des Hauses folge geben. Bei dieser Gelegenheit muß ich wiedergewähren, daß der Abg. Most, der sich auch unter den Verhafteten befindet, aus seinem Gefängnis heraus, einen Brief an den Justizminister gerichtet hat, in dem er die Session des Reichstages zu beurtheilen, daß dieser Antrag aber bei dem Justizminister kein Eindruck habe. (Hört! links.) Aus einem Zeitungsbericht habe ich erfahren, daß das derselbe das Verfahren des Staatsanwalts Tiesendorf in dieser Sache einer sehr scharfen Kritik unterworfen worden ist. Ich habe nun gewiß keinen Anlaß, diesen Herrn Staatsanwalt besonders in Schuß zu nehmen; aber der Eindruck hat sich mir doch aufgedrängt, daß die Ablösung des Drums in dieser Sache auf den Staatsanwalt entschieden ungerechtfertigt ist. Die Ansichten der Staatsanwälte sind ja immer nur der Rest der Anschauung in der mährenden Regierungskreise. (Sehr wahr! links.) Sind doch in einem sehr kurzen Zeitraum 784 Straf- und Verfolgungsanträge wegen Preußenvergehen und Beleidigungen des Reichstanzlers durch die Presse an die Gerichte im Deutschen Reich gestellt worden. (Hört! hört! im Centrum.) Die Staatsanwälte haben immer nur das ausgeschlossen, was die Regierungen eigentlich wünschen. Der Reichskanzler erklärte in der Sitzung vom 30. November, er wünsche, daß kein Winkel des öffentlichen Lebens unbelichtet bleibe, ihm sei jede Kritik willkommen, wenn sie nur sachlich sei. Nun unter diesen zahllosen Strafanträgen sind eine sehr große Menge, die sich auf rein politische Kritiken beziehen. Es ist im Deutschen Reich im Augenblick nicht mehr ge stattet, die Äußerungen großer englischer oder amerikanischer Blätter über die Lage in Deutschland wiederzugeben oder rein sachlich zu kritisieren. Die Befolgsung dieses Systems in Stellung von Strafanträgen hat d. h. geführt, daß das Deutsche Reich nicht mehr berechtigt ist, sich in die Reihe der germanischen Staaten von England, Holland, Amerika zu zählen, welche keine politische Gefangen und keine Preußenvergehen kennen, sondern, daß wir in die Reihe der romanischen Staaten eingetreten sind, bei denen politische Presse zur Tagesordnung gehören. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, wenn Sie nicht wollen, daß diese Sache, die mit solcher Einmündigkeit begonnen wurde, gänzlich ins Wasser fällt.

Abg. Lasker: Meine Ansicht, von der ich allerdings meine, daß sie Minderheit im Hause ist, steht fest, geht dahin, daß die Verhaftung des Abg. Majunke dem Abg. I des Art. 31 der Verfassung widerspricht. Zuvieldest will ich aber bemerken, daß die Ansicht des Justizministers, ein Aufschub der Strafvollstreckung sei ein Gnadenakt von ihm, nicht richtig ist. Meines Erachtens ist der Justizminister überhaupt keine Instanz für Gnadenerteilung, außer in denjenigen Fällen, in welchen die Begnadigung etwa ausdrücklich delegirt wäre. Im amtlichen Justizministerialblatt von 1854 S. 203 heißt es: "Die Ausschüttung und Unterbrechung der Strafe ist kein Theil des Begnadigungsrechts. Die Strafe wird nicht erlassen, sie bleibt unverändert und es handelt sich nur darum, die Nachtheile abzuwenden, welche aus der sofortigen Vollstreckung der Strafe entstehen würden. Die Befugniß zur Benützung eines Aufschubs der Strafvollstreckung erscheint als ein Aufschub der dem Justizminister zustehenden obersten Ansicht über die Criminalrechtspflege (hört!), ist jedoch zum Theil den Gerichten höchst übertragen." Das steht in directem Widerstreite mit den Worten des Justizministers! In der weiteren Erläuterung der Grundlage heißt es dann, daß bei Gefuchen um Ausschüttung der Strafvollstreckung auf längere Zeit der Justizminister befragt werden muß. Man erkennt daraus, daß die Auslegung der Strafschaff vom Justizminister nicht als Gnadeninstanz, sondern als oberste Instanz für die Strafrechtspflege wahrgenommen wird. Der Justizminister behauptet nun, nur dann eine Entscheidung treffen zu können, wenn ein Antrag an ihn gelangt. In der Justizpraxis aber kommt es häufig genug vor, daß Dritte Geuche einreichen und daß in Folge dessen die Sache zur Cognition kommt, und unter Umständen auch Ausschüttung der Strafvollstreckung eintritt. Von einem förmlichen Antrag ist also nicht die Rede und ich muß constatiren, daß der Justizminister schon seine Neigung zu erkennen gegeben, auf etwa zu seiner Cognition kommenden Wunsch des Hauses zu überlegen, ob aus öffentlichen Verhältnissen des Verhafteten die Freilassung oder der Aufschub der Strafvollstreckung erfolgen könne. Die Sachlage ist folgende: Kurz ehe der Reichstag eröffnet wurde, wurde ein Haftbefehl gegen Majunke erlassen, der bei Öffnung des Reichstages an das Stadtgericht zurückgelangte, vermutlich, weil die ausführende Behörde verfassungsmäßige Bedenken gegen die Verfolgung hatte. Darauf hat das Stadtgericht die verfassungsmäßigen Bedenken geheftet, also die Verhaftung für unzulässig erklärt und die Sache in seinen Acten behalten. Der Staatsanwalt aber erhob eine Beschwerde beim Kammergericht und das ohne Zweifel eine Initiative des Staatsanwalts. Ich weise nicht dar, daß der Justizminister in seiner Tendenz, sich der Rechtspflege so fern wie möglich zu halten, von uns nur bestärkt werden wird. Aber der Justizminister hat es nicht bloss mit Recht sprechenden Rechten zu thun, er ist auch ein politischer Mann und muß aus Gründen der Politik gar oft Directiven geben, wo das Gesetz ihn verpflichtet, dies zu thun. Ich erachte es nicht für richtig, daß die Justiz ein Interesse habe, ob eine Strafe heute oder später vollstreckt werde. Die Heiligkeit der Rechtspflege verlangt nur, daß das Ereignis überhaupt vollstreckt werde. Wenn das Ereignis nicht zu zeitig ist, um wegen einer Kartoffelernte ausgetestzt zu werden, so ist es auch nicht zu verhindern, wenn die Vollstreckung in diesem Falle aufgeschoben wird für eine Anzahl von Wochen oder Tagen. — Nun komme ich zu der Ausführung, weshalb ich der Meinung bin, daß Absatz 1 des Art. 31 der Verfassung seinem Inhalte nach auch die Strafschafft hat auszuschließen wollen. Die Nichtvollstreckung einer Strafschaff ist kein Blus von Privilegien gegen die Nichtvollstreckung einer Untersuchungshaft, sondern vielmehr ein Minus. (Sehr richtig.) Es ist auf die Verfassung des Art. 31 eingegangen worden. Ich meine aber, daß das Haus die Absicht gehabt hat, den Wortlaut der preußischen Verfassung hierher zu über-

tragen und Vorwände sehr leicht eintreten; ich gegen solche kleinliche Belästigungen sollten die Abgeordneten geschützt werden. Gegen eine förmliche Versetzung in den Anklagestand oder gegen ein Straftheil hat man in England ein Privilegium aufgestellt, die Verhaftung auf Grund eines gerichtlichen Urtheils erregt weder in England noch in Amerika Aufsehen; im Gegenteil man glaubt, daß Parlamentsmitglieder das Beispiel einer Unterwerfung unter das Gesetz zu geben haben. Die Anträge würden praktisch dabey führen, mehr als 2000 Mitglieder deutscher Reichs- und Ständeversammlungen von der Strafvollstreckung zu eximieren, die gewählten Mitglieder auf eine Legislaturperiode, die 500 Mitglieder der ersten Kammer aber auf Lebenszeit oder sogar erleich. In unserem heutigen Staate, in welchem die höchsten Regierer des Reichs und des Landes, die den Throne nächst stehenden Personen keinen Schutz gegen Gerichtsurtheile finden, darf ein soldes Privilegium für Parlamentsmitglieder nicht mehr geschaffen werden. Ich beantrage daher, unter Ablehnung aller präzedenzirenden Anträge, der Justiz ihren freien Lauf zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts; Bischen links.) — Abg. v. Hoverbeck. Die Consequenz der eben gehörten Niede ist nicht, daß wir es beim Alten lassen, sondern vielmehr, daß wir den Artikel 31 ganz aufheben und damit die Abgeordneten schutzlos lassen auch gegen die allerdienstbarste Verfolgung. (Sehr wahr! links.) Ich könnte auch damit einverstanden sein, in der Commission für die Justizgefege die Sache gegen Gerichtsurtheile finden, darf ein soldes Privilegium für Parlamentsmitglieder nicht mehr geschaffen werden. Ich beantrage daher, unter Ablehnung aller präzedenzirenden Anträge, der Justiz ihren freien Lauf zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts; Bischen links.) — Abg. v. Hoverbeck. Die Consequenz der eben gehörten Niede ist nicht, daß wir es beim Alten lassen, sondern vielmehr, daß wir den Artikel 31 ganz aufheben und damit die Abgeordneten schutzlos lassen auch gegen die allerdienstbarste Verfolgung. (Sehr wahr! links.) Ich könnte auch damit einverstanden sein, in der Commission für die Justizgefege die Sache gegen Gerichtsurtheile finden, darf ein soldes Privilegium für Parlamentsmitglieder nicht mehr geschaffen werden. Ich beantrage daher, unter Ablehnung aller präzedenzirenden Anträge, der Justiz ihren freien Lauf zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts; Bischen links.) — Abg. v. Hoverbeck. Die Consequenz der eben gehörten Niede ist nicht, daß wir es beim Alten lassen, sondern vielmehr, daß wir den Artikel 31 ganz aufheben und damit die Abgeordneten schutzlos lassen auch gegen die allerdienstbarste Verfolgung. (Sehr wahr! links.) Ich könnte auch damit einverstanden sein, in der Commission für die Justizgefege die Sache gegen Gerichtsurtheile finden, darf ein soldes Privilegium für Parlamentsmitglieder nicht mehr geschaffen werden. Ich beantrage daher, unter Ablehnung aller präzedenzirenden Anträge, der Justiz ihren freien Lauf zu lassen. (Lebhafter Beifall rechts; Bischen links.) — Abg. v. Hoverbeck. Die Consequenz der eben gehörten Niede ist nicht, daß wir es beim Alten lassen, sondern vielmehr, daß wir den Artikel 31 ganz aufheben und damit die Abgeordneten schutzlos lassen auch gegen die allerdienstbarste Verfolgung. (Sehr wahr! links.) Ich könnte auch damit einverstanden sein, in der Commission für die Justiz

Gursten einzuwirken. Er hatte in dem Gerichts-  
säle ein eigenes st uog apblisches Bureau eabstribt und löste die von seinem Stenographen aufgenommenen Verhandlungen bei Raub in Berlin herausgegeben, giebt dann auch eine schöne Biographie und mehrere Andere, wovon er sich Wirkamkeit verspricht, mit in den Kauf. Fürst Bismarck hat aber diese Publicationen auch aufmerksam gelesen und sich bereit, wie die „N. A. Z.“ mitteilt, mit dem Staatsanwalt in Verbindung gesetzt, weil darin mehrere absichtliche Entstellungen der Wahrschau gefunden sind. So steht bei dem Abdruck des Erlasses des Fürsten Bismarck vom 21. Januar d. J. eine Redaktionsbemerkung, wonach eine Anzahl von Sätzen desselben, z. B. die Worte, „richsfreudlichen“, „öhrres Maß“, „fülsamkeit“ im Original unterstehen seien soll. Das officielle Blatt sagt dazu: „Allerdings hat die Abschaffung des Erlasses, welchen der Angeklagte seinem Zimmerman beigefügt, diesen auf Erhöhung des Eindrucks berechneten Strich enthalten, aber nicht das Original – es müsste denn auf dem, in seinen Händen befindlich gewesenen Original nach dem Empfange des Strich beigegeben worden sein.“ Weiter meldet dasselbe Blatt: „Eine gleiche Tendenz hat die Bertheiligung ausnahmend mit der Angabe verfolgt, daß auch ein anderer Gesandter – es ist später der Freiherr v. Werther in Württemberg genannt worden – beim Abgange von seinem Posten kein Conzept seiner Berichte zurückgelassen habe. Auch diese Tendenznachricht ist falsch. Das einzige Wahre daran, was übrigens auch nur durch Verlehrung des Amtes geheimnißlos hat zur Kenntnis der Bertheiligung gelangen können, ist, daß der genannte Diplomat die Gewohnheit hat, seine Berichte selbst zu schreiben, gleich in der Reinschrift, und daß die Concepce miunter in Excerpten bestanden. Zwischen diesem Verfahren und der Mitnahme vollständiger Concepce besteht keine Analogie.“

Feldmarschall Manteuffel und Fürst Bismarck sind seit dem Beginn des Prozesses Arnim aufsehend ein Herz und eine Seele. In einer offiziellen Notiz der heutigen „N. A. Z.“ wird der Manteuffel'sche Brief, welcher die Affäre Arnim erläuterte, weil er nach den stenographischen Berichten mit kleinen Abweichungen gedruckt war, noch einmal zum Abdruck gebracht, und dem heutigen Feldmarschall folgende anerkennende Note ertheilt: „Über die Genehmigung, welche der Feldmarschall zu dieser Mittheilung hatte, wird es seiner Erläuterung: der commandirende General der in Frankreich zurückgebliebenen Occupationstruppen hatte das Recht und die Pflicht, vor der leitenden Stille her Direct von über den Gang der deutschen Politik gegenüber Frankreich zu erwarten. Nur bei diesem Zusammenhang konnte der General die schwere unverantwortungsvolle Aufgabe, welche ihm zugeworfen, in einer für alle Theile so erschrecklichen und von allen Seiten so hoch anerkannten Weise lösen, wie es ihm gelungen ist.“ Interessant ist in dem Briefe, daß Manteuffel sich bei Bismarck über die seine Offiziere und Soldaten durch häufige Angriffe gegen Thiers aufgehende „Kreuzzeitung“ beklagt.

In Paris, in Versailles, in ganz Frankreich spricht man von Nichts als von Arnim; die Erregung wächst noch immer. Die „Debats“ erläutern die veröffentlichten Berichte Arnims über Frankreich für sehr mittelmäßig. Das „XIX. Siecle“ meint, Arnim habe einfach den Broglie'schen „Français“ abgeschrieben. Soñt sucht jedes Partei aus den Documenten das heraus, was ihr am besten in den Kram passt. Die clerikalen Blätter schmeicheln sich mit dem Gedanken, die Vorlesung habe den Prozeß zu dem beideren Zweck hervorgerufen, um Frankreich aufzulämmen. Die legitimistische „Union“ meint, daß bewußt kein Patriot sich mehr der Rührung Heinrich's V. widersehen könne und „Wunde“ dank Gott für die Lebten und Warnungen, die er Frankreich ertheilt habe. Bismarck habe richtig gefehlt und man müsse Alles auf bieten, um die Republik zu verhindern und so die Hoffnungen der Feinde zu vernichten. Die Gambetta'sche „République Française“ meint dagegen, man müsse einfach dem Lande die endgültige republikanische Institution geben, welche Bismarck befürte, da er dann nicht mehr als der einzige liberale Staatsmann Europa's erscheinen, und für Letzter's Frankreich wieder der Führer sein werde.

Vorgestern ist dem spanischen Gefannten in Paris das Erwiderungsschreiben des Herzogs von Decazes auf die spanische Beschwerde von 4. October zugestellt worden. Dasselbe antwortet auf jene in sehr barschem Tone verfaßte Note, wegen welcher Decazes, um sie zu verstehen, deutsch lernen wollte, ziemlich höflich. Der Herzog bittet, daß Frankreich die Carlistas begünstigt habe, und weiß nur die Zumindestung entschieden zu bestreiten, die Beamten, welche dies gethan haben sollen, zu entfernen; die französische Regierung erlaubt, weil sie die Handlungen derselben auf sich nehme. Dieser entschiedener Sprache ist aber schon durch die auf Spaniens Wunsch erfolgte Entfernung Radailias von Pau die Spitze abgebrochen worden. Soñt versichert Decazes natürlich, Frankreich hege für Spanien die freundschaftlichsten Gefühle, und er bedauert, daß man in Madrid dies immer noch nicht hinlänglich annehmen wolle.

### Deutschland.

× Berlin, 16. Dezbr. Morgen Donnerstag früh 10 Uhr wird nunmehr endlich die Bank-Kommission zusammen treten, nachdem die Entschädigungsforderungen Preußen's auch die Zustimmung des Plenums im Bundesrat gefunden haben. Demnach erhält Preußen außer der Rückzahlung seiner Einlage von etwas über 1.900.000 Thlr., somit der ihm rechtlich zustehenden Hälfte (3 Millionen) das Reservesonds, ferner außer der Rente zur Verzinsung und Amortisation zw. 15 Millionen Thlr. Kaschesscheine, die es zu Gunsten der Bank trugt, – noch ein Kapital von fünf Millionen Thlr. Dieses Kapital soll aus dem Agio bezahlt werden, welches sich bei dem Verlauf der neuen Banknoten ergeben wird. Das Reich verbürgt die Zahlung, soweit das Agio nicht ausreichen sollte. Im Uebrigen wird die Reichsbank ausschließlich mit Privatcapital fundiert und zwar statt der bisherigen 20 Mill. mit dem doppelten Betrag, also 40 Millionen Thlr. Die alten Bank-

aktionäre, denen formell gekündigt wird, erhalten Vorschüsse bei der Bezeichnung auf die neuen Aktien. Der Worturkunde der Emission ist noch nicht festgestellt. Was die Contingentierung der Reichsbank betrifft, so wird der Betrag von 187 Millionen nicht mit 5 Proc. besteuert, wodurch der Preußischen Bank zufallen sollte, für die Reichsbank auf 250 verringert. Für die sämtlichen übrigen Banken wird er auf 130 Millionen festgestellt, so daß die Totalziffer 380 Millionen beträgt. Davon erhalten 23 od. 36 Millionen Mr., die übrigen 24 Millionen der deutschen Banken jede je 10 Millionen. Die kleineren preußischen Provinzialbanken erhalten das ihnen nach dem alten Entwurf zugemessene Notenquorum. – Das Vorlebungsrecht wird nun morgen erst im Justizausschuß des Bundesrates zum Abschluß und dann unmittelbar an das Plenum gelangen, das Referat wird der hanseatischen Ministerpräsident Dr. Küller übernehmen, die Vorlage dem Reichstag erst in den Weihnachtsferien zugewiesen. – Die Berufung des Preußischen Landtages ist für den 14. Januar in Aussicht genommen.

– Seitens des Magistrats ist der Antrag gestellt worden, daß die Einziehung der Staatslastensteuer in Berlin nicht in monatlichen sondern, wie es das Gesetz gestaltet, in vierteljährlichen Brüchen erfolgen möge. Wie die „N. A. Z.“ hört, will der Finanzminister auf den Antrag mit Rücksicht auf die hiesigen für die Steuererziehung sehr schwierigen Verhältnisse eingehen.

– Von Seiten auswärtiger Häuser, besonders aus den Vereinigten Staaten, sind erhebliche Klagen hiehergerungen, daß der Zustand von Auswandererschiffen keineswegs, besonders in sanitärer Beziehung, den notwendig zustellenden Anforderungen entsprechen. Das Deutsche Reich besitzt bekanntlich einen Commissarius für das Auswandererwesen in der Person des Capitän Weishmann. Wie man der „Schl. Btg.“ schreibt, fehlt es insofern an einem stetigen Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit und den obersten Bundesbehörden so sehr, daß die Berichte an Zahl und Inhalt mehr als zu wünschen übriglassen. Der Abgeordnete Duncker soll in Erwägung dieser Umstände eine Interpellation eingereicht, durch die er sich jedenfalls um diese überaus wichtige Angelegenheit sehr verdient machen würde. Es handelt sich übrigens nach Lage der Sachen und bei den Klagen der Hafendirörden, besonders in New-York, nicht nur um eigentliche Auswandererschiffe, sondern auch um Kaufhäuserfabriks, die nicht selten ziemlich beträchtliche Gaben von Passagieren beihaus der Auswanderung befördern. Diesen gegenüber scheint eine wirksame Controle gänzlich gefehlt zu haben, so daß in Englandischer Beziehung sehr erhebliche Misshandlungen vorgekommen sind und zu befehligen sein werden, und zwar wenn es nötig ist, durch eine entsprechende Erweiterung der zur Zeit in Kraft stehenden Instruktionen.

Stettin, 15. Dezbr. Wie die „Ostl. Btg.“ hört, soll an Stelle des zum Chef aller Ostsee-Statisten ernannten Capitän Werner der Capitän zur See Ullers zum Ober-Werft-Director von Wilhelmshaven ernannt sein.

Dels, 16. Dezbr. Die christlichen Geistlichen sind hier wie anderwärts von der Communalsteuer entbunden. Nun hatte vor einigen Wochen, wie der „Bresl. Btg.“ geschrieben wird, der Prediger der Synagoge meinte, Dr. Cohn, an v. n. Magistrat ein Gesuch gerichtet, in welchem er hat, ihn ebenfalls von der Erlegung der Steuer entbinden zu wollen. Hierauf ist nun heute ein Bescheid ergangen, wonach das Gesuch in Folge einstimmigen Beschlusses des Collegium von Neujahr 1875 ab volle Berücksichtigung findet.

Trier, 12. Dezbr. Der Oberbürgermeister de Rys hat, nach der „Mosel Btg.“, den Vorsteher und mehreren Professorn des hiesigen bischöflichen Priesterseminars am 9. d. in Schreiben gefandt, in welchem er, da ungeachtet der angeordneten Schließung des Priesterseminars weiterer Unterricht an Theologen, welche in ihrer Bildung begriffen sind, ertheilt wird, obzw. Fortführung der Unterricht in irgendwelchen einzeln in Contraventionsfall für die Dauer der verfügbaren Schließung des Seminars untersagt ist.

Köln, 15. Dezbr. Nach vielen Reklamationen ist den Stadtverordneten nun der Plan zur Erweiterung der Stadt vorgelegt wo den Gehäßen der Bevölkerung der Linie, wo die Kunstgrabenwallung angelegt werden soll, fallen die alten Forts, welche theils abgetragen, theils zu Kasernen oder anderen militärischen Zwecken verwendet werden, noch in die Stadt. Die einschlägige Commission wird nunmehr dem Collegium den Vorschlag zur Verarbeitung vorlegen, eine Concurrenz ausbreiten befußt Anfertigung eines Bebauungsplanes für das neue Stadtgebiet, dessen Kanalisation etc.

Trelleborg, 9. Dezbr. Im Kreise Habersleben sind jetzt die neu gewählten Ortsvorsteher, die der Mehrzahl nach dänisch gestellt sind, so vernünftig gewesen, den vorgeschriebenen Eid zu leisten. Ihre Wahl ist in Folge dessen bestätigt worden.

Mex. Dem Bezirk Dt. Lothringen wird die Centralbehörde seit neuerer Zeit eine sehr anerkannte Wertschätzung für die Wahl der Deutschen Nationalversammlung ertheilt. So wird demnächst in Mex. eine Laubstummensanstalt für Elsaß-Lothringen eröffnet werden, in welcher nach offiziellen Mittheilungen die Unterrichtssprache deutsch sein, d. h. noch deutscher Unterricht werden soll. Kommanden Sommer schon sollen ferner zu Mex. in Lübeck-Seminar und zu Pfalzburg ein Lehrer-Seminar eröffnet werden. Endlich wird demnächst mit dem Bau einer Irrenanstalt für Dt. Lothringen begonnen werden.

Frankreich. Paris, 15. Dezbr. Die National-Versammlung erklärte heut die Wahl der Deputirten Maille, Chiris, Medecy, L'provost und Mailly für gültig und nahm darauf in zweiter Beratung den Antrag der Armeecommission, bestehend die Organisation des Obercommando's von Paris und Lyon an. Vom Kriegs-Minister de Guise wurde die Beibehaltung des Postens eines Generalgouverneurs von Paris beschworene. (W. T.)

– Die „Union“ bestätigt, daß zwischen dem Präsidenten des rechten Centrums Bocher und den einflussreichen Mitgliedern der äußersten Rechten eine Versprechung stattgefunden habe, welche jedoch erfolglos geblieben sei; die Chevaux-de-frise hätten erklärt, auf Verfehl des Königs jede Beihilfe an der Organisation des Spionen-Abteilung zu müssen. – Der „Soix“ meldet, der emigrierte Theil des linken Centrums habe vollständig mit Thiers gebrochen und denselben davon Mittheilung gemacht. Thiers will mehr als jemals die Campagne für die Auflösung der Nationalversammlung ins Werk gesetzt sehen.

### Spanien.

Santander, 13. Dezbr. Wieder hat sich in starker Sturm erhoben. Gestern scheiterten zwei Schiffe, mit welchen acht Matrosen zu Grunde gingen. Die übrigen verbanden ihre Rettung rücksichtiger Hilfsleistung, bei welcher sich besonders die Mannschaften der deutschen Kanonenboote „Nautilus“ und „Albatross“ auszeichneten. Diese beiden Kriegsschiffe werden nicht lange mehr hier bleiben; der Nautilus hat Verfaßt, nach Westindien abzugehen, und der Albatross läuft nach Kiel zurück. Das englische Kriegsschiff „Lively“ liegt gegenwärtig vor Bilbao. – Man erwartet, daß der junge Engländer Macleod, welchen die Carlisten am 9. d. aus Monzon fortgeschleppten und der jetzt zu Pamplona in der Gewalt des Carlistengenerals Palacios sein soll, bald seine Freiheit wiederlangen wird.

### Norwegen.

Christiania, 10. Dezbr. Der Strid der Droschenkutscher ist jetzt als heendigt anzusehen und die Polizei darf sich als Siegerin in dies im Kampfe betrachten. Sie erließ vor einigen Tagen eine fiktive Aufforderung an die Stridenden, bis zum 10. d. M. die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigens ihnen für immer die Concession zum Fabren als Droschenkutscher entzogen werden würde. Das schien zu helfen und allmählig fanden sich die Herren Fahrläut wieder auf den Haltestellen ein und stellten sich dem Publikum zur Disposition. Die Stimmung des letzteren war übrigens einstimmig gegen die Droschenkutscher gerichtet und Niemand erhob sich zu ihrer Bertheiligung. Sie haben sich hier eben seine Freunde zu erwerben gewußt und sich oft bei unschämlichen Prellereien die Ungunst ihrer Fahrgäste zugezogen. Die neue Taxe wird daher allgemein mit Freuden begrüßt.

### Rumanien.

Bukarest, 16. Dezbr. In der heutigen Sitzung der Kammer stellte der Finanzminister den Antrag, Staatsgüter im Betrage von 10 Millionen Francs zu verkaufen. Der Antrag wurde der Budgetcomission überwiesen.

### Amerika.

New-York, 1. Dezbr. Der einzige Deutsche im nächsten Congress, Eduard C. Key von St. Louis, jetzt 40 Jahre alt, ist der Sohn einer politischen Familien. Sein Vater, 80 Jahre alt und Notar in St. Louis, war höherer Beamter in Hessen-Kassel und hatte sich als solcher an der dortigen freiheitlichen Bewegung in den dreißiger Jahren betheiligt. Eduard C. Key studierte in Amerika die Rechtswissenschaft und bildete sich unter dem genialen Deutschen Christian Schröder in St. Louis für die Rechtspraxis aus. – Der frühere Rebellen-Vizepräsident Stephens wird in diesem Monat seinen Sitzen im Congress wieder eintreten. Das durch Krankheit länglich zusammengeschrumpfte Männerthum röhmt sich, geruht zu sein als seit zehn Jahren und an Gewicht beträchtlich zugenommen zu haben, so daß es jetzt seine ganzen 80 Pfund wiegt.

Mexico, 15. Novbr. Die Majorität der Staats-Legislatur hat die Errichtung einer zweiten Kammer gebilligt. Die constitutionellen Reformen, die als im griechischen Bestandtheile der am 16. September 1875 in Kraft tretenden Verfassung ausgegeben werden, sind gleichfalls angenommen worden.

Boston, 15. Dezbr. In dem das Centrum des Handelsverkehrs bildenden Stadttheile hat eine bedeutende Feuersbrunst stattgefunden. Der dadurch verursachte Schaden wird auf 1 Mill. Dollars geschätzt. (B. T.)

### Telegramm der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. Dezbr. Reichstag. Vor Gründung der Sitzung courtierte das Gericht, Fürst Bismarck habe die gestrige Annahme der Hoverbeck'schen Resolution als ein Mißtrauensvotum aufgefaßt. Einzelne Abgeordnete forderten sogar das Gericht, derselbe habe bereits beschlossen, seine Entlassung zu nehmen. Nach Gründung der Sitzung stand zunächst eine nochmalige Abstimmung über die Hoverbeck'sche Resolution statt: den Reichskanzler um eine Declaration des Art. 31 der Verfassung zu erfordern, damit kein Reichstag Abgeordneter ohne die Zustimmung des Reichstags während der Sessionsdauer verhaftet werden könne. Die Resolution wurde angenommen. Dafür stimmten die Fortschrittspartei, das Centrum und die Hälften der Nationalliberalen.

### Danziger Börse.

Amtliche Notierungen am 17. Dezember. Weizen loco fest, 20 Tonnen von 2000 Mr. sein glotig u. weiß 134-139 1/2 68 74 1/2 1/2. Weizenbunt 132 136 1/2 67 70 1/2. Weizenhellbunt 130 133 1/2 65 68 1/2. Weizenrot 126-131 1/2 63 65 1/2. Weizenroth 132-137 1/2 58 61 1/2. Weizenordnat 126-134 1/2 52 60 1/2. Getreide. Creditanst. 1294/ 140 1/2. Kürken (5%) 43 45 1/2. Lombardenser. 77 1/2 78 1/2. Franzosen 185 1/2 186 1/2. Rumänien 32 1/2 33 1/2. Neu-franz. 5% 1/2. Oester. Creditanst. 1294/ 140 1/2. Kürken (5%) 43 45 1/2. Oester. Silberrente 68 1/2 8 1/2. Russ. Banknoten 94 1/2 94 1/2. Oester. Banknoten 91 1/2 91 1/2. Itali. Renten 67 1/2. Fondsbourse matt.

London, 16. Dezbr. (Getreidemarkt.) (Schlußbericht) Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schleppendem Geschäft stetig. – Fremde Fuhrwerke seit gestern Montag: Weizen 2920, Gerste 4150, Hafer 40,610 Ohrs. – Wetter: Schneetreiben.

Danziger Börse. Amtliche Notierungen am 17. Dezember. Weizen loco fest, 20 Tonnen von 2000 Mr. sein glotig u. weiß 134-139 1/2 68 74 1/2. Weizenbunt 132 136 1/2 67 70 1/2. Weizenhellbunt 130 133 1/2 65 68 1/2. Weizenrot 126-131 1/2 63 65 1/2. Weizenroth 132-137 1/2 58 61 1/2. Weizenordnat 126-134 1/2 52 60 1/2. Regulierungspreis 126 1/2. bunt Kürken 62 1/2. Auf Lieferung 126 1/2. bunt April-Mai 96, 50. R.-Mr. Br. 155 R.-Mr. Ob. 151 R.-Mr. Ob. 196, 50 R.-Mr. Br. 195 R.-Mr. Ob. Roggen loco unverändert, 20 Tonnen von 2000 Mr. 126 1/2 52 1/2. Regulierungspreis 126 1/2. bunt Kürken 62 1/2. Auf Lieferung 126 1/2. bunt April-Mai 151 R.-Mr. Ob. 151 R.-Mr. Ob. 195 R.-Mr. Ob. Roggen loco unverändert, 20 Tonnen von 2000 Mr. 126 1/2. Regulierungspreis 126 1/2. bunt Kürken 62 1/2. Auf Lieferung 126 1/2. bunt April-Mai 151 R.-Mr. Ob. 151 R.-Mr. Ob. 195 R.-Mr. Ob. Roggen loco fest, 20 Tonnen von 2000 Mr. grobe 110 1/2. 51 1/2 R. 114 1/2. 58 R. Spiritus ne 10,000 % Liter loco 18 R. ne Januar 54 Mr. Weizen und Kürken 62 1/2. Fondscourse London, 8 Tage 25 1/2 G. 25 1/2 G. gem. do. 3 Monat 6. 22 1/2 G. Amsterdam, 8 Tage 144 G. do. 2 Monat 143 G. Gd. 4 1/2 % Preußische Consolidirte Staats-Anleihe 105 1/2 G. 3 1/2 % Preußische Staatschuldverschreibe 90 1/2 G. 3 1/2 % Westpreußische Pfandbriefe, ritterlich 126 1/2 G. 4 1/2 % do. do. 95 1/2 G. 4 1/2 % do. 100% Br. 100% Gem. 5% do. do. 105 1/2 G. 4% Dänischer Privatbank-Aktionen 118 G. 5% Dänischer Versicherungs-Gesellschaft „Gedania“ 95 Br. 5% Dänischer Hypotheken-Pfandbriefe 99 1/2 Br. 5% Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 99 1/2 Br. 5% Münzburger Biegel- und Thonwaren-Fabrik 100 Br.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 17. Dezember 1874. Gewerbe-Vorsteher. Weiter: Schneefall bei schwachem Frost. Wind: O. Weizen loco ist heute zu festen Preisen gekauft worden, doch war die Befuhr klein. Buziglich von 70 Tonnen bereits gestern auf Approbation gekauft und accepirt, wurden heute 350 Tonnen gehandelt und ist bezahlt für Früh Sommer 54 R. rot 132 1/2. 61 R. ordnat 124 1/2. 50 R. bunt 131 2/2. 63, 64 R. hellbunt 128 1/2. 65, 65 1/2 R. hochbunt gläsig 127 1/2. 66 R. 130 1/2. 66 1/2 R. 133 1/2. 67, 67 1/2 R. 132 1/2. 134 1/2. 68, 68 1/2 R. weiß 127 1/2. 68, 68 1/2 R. 131 1/2. 69 1/2 R. 132 1/2. 69 1/2 R. 133 1/2. 69 1/2 R. 134 1/2. 69 1/2 R. 135 1/2. 69 1/2 R.

# Zu Weihnachtsgeschenken für Damen

empfiehlt außer den übersichtlich ausgestellten Neuheiten von Fichus, Fraisen, Westen (mit und ohne Fuchsbesatz), Schärpen, Schleifen, Perlencolliers u. z. z.,  Muff, Stola und Hut mit ächten Federn (zusammen für 15 Thlr.)

L. J. Goldberg, Langgasse 24.

Die billigen Schäwlchen, seidenen Halstücher, Schleifen, Schärpen, Garnituren u. des Weihnachtsausverkaufs sind bis zum Feste in genügender Auswahl vorrätig. — Neue Sendung von weiß-  
seidenen Halstüchern (½ Meter breit und lang) drei Stück für 20 Sgr.

## Zeichen - Vorlagen

von Wilh. Hermes in Berlin

empfehlen sich zu hübschen Festgeschenken à Heft 6 Sgr. und 10 Sgr.  
Vorrätig in allen Buch- und Kunsthändlungen des In- und Auslandes.

In Danzig: in C. Ziemssen's Buchh., L. Saunier's Buchh., bei Th. Anhuth,  
E. Doubberck, L. G. Homann.

Nur für Jagdfreunde: Thierstudien in 4to. (12 Blatt Wild) à Dutz. 1 Thlr.

(6343)

Statt besonderer Meldung.  
Heute früh um 2¾ Uhr, wurde meine  
liebe Frau Marie, geb. Prill, von einem  
gesunden, kräftigen Knaben glücklich ent-  
bunden.

Carthaus, den 16. Dezember 1874.

Apolant.

Gestern Abend, 6¼ Uhr, entschlief sanft  
nach schwerem Leiden meine innig ge-  
liebte Frau Hilda, geb. Wolter, in ihrem  
29. Lebensjahr. Dieses zeigt um stille Theil-  
nahme bittend tief gebeugt an, im Namen  
seiner unzähligen Kinder und Verwandten.

Marienwerder, den 16. Dezember 1874.

Rudolph Funcke.

Die Beerdigung findet Sonntag früh,

8½ Uhr, statt. (7029)

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 10 Uhr starb unsere innig ge-  
liebte Herzige Hildegard im Alter von  
beinahe 4 Jahren an der Bräune. Dies  
zeigen wir in tieffem Betrübniß Fremden  
und Bekannten an.

Osterode i. Ostr., 16. Dezember 1874.

Carl Brown, Baumeister.

Louise Brown, geb. Hellwig.

So eben traf ein und wurde an meine  
Besteller verhandt:

Freytag, Die Ahnen,  
III. Abh. Die Brüder vom Deutschen  
Hause.

Weitere Bestellungen bei

F. A. Weber,

Buch-, Kunst- und Musik-Handlung,  
Danzig, Langgasse 78. (7024)

So eben traf in Danzig in der unter-  
zeichneten Buchhandlung ein und wurde den  
Abonnenten zugesandt:

G. Freytag.

Die Ahnen. III. Theil.:  
Die Brüder vom Deutschen Hause.

geheftet 2 R., eleg. geb. 2 R. 10 Sgr.

L. Saunier'sche Buchhandlung,  
(A. Scheinert). (7026)

Freytag's Ahnen III.  
Die Brüder vom deut-  
schen Hause.

geb. 2 R., geb. 2 R. 10 Sgr.

vorrätig in Danzig in

L. G. Homann's Buchhandlung,  
Prowe & Beuth, Jopengasse.  
(7035)

Wagner: Rienzi.

Clavierauszug mit Text, Ouverture,  
Arrangements von P. S. Bülow u. c.  
2ms. und 4ms. vorrätig bei

Th. Eisenhauer.

(7027)

Halifax-Schlittschuhe  
Patent-Schlittschuhe,  
Riemen-Schlittschuhe

für Damen, Herren u. Kinder empfiehlt in  
größter Auswahl zu den billigsten Preisen

L. Flemming.

Johannisthor 44.

Hochfeine Spielwaaren,  
Puppen und extra feine und  
dauerhafte Puppengestelle, sowie einzelne  
Köpfe, empfiehlt billist.

Louis Willdorff,

Ziegengasse 5.

Wafeleisen

empfiehlt billist

L. Flemming.

Johannisthor 44.

Ein eleganter mah. Stützflügel neuester  
Construction, mit vorzügl. Eisenver-  
spreitung, 7 Oct. i. f. d. Preis v. 125 Thlr.  
zu verk. Heiliggeistgasse 118, 1 Tr.

Einsätzen künstlicher Zahne,  
sowie Ausführung sämmtl.  
Zahnoperationen schmerzlos in  
Kniewal's Atelier, Heilig-  
geistgasse 25, Ecke d. Ziegengasse, Danzig.

Gelegenheits-Gedichte jeder Art fertigt | Herschaffl. Diener m. g. Beigaben (un-  
Agnes Deutler Wwe., 3. Damum 13 | verh.) l. sich m. Jopeng. 58, 3. Dann.

Hierzu eine Bellage.

Die auf der Londoner Welt-Ausstellung 1862 prämierten

Zeichen - Vorlagen

von Wilh. Hermes in Berlin

empfehlen sich zu hübschen Festgeschenken à Heft 6 Sgr. und 10 Sgr.  
Vorrätig in allen Buch- und Kunsthändlungen des In- und Auslandes.

In Danzig: in C. Ziemssen's Buchh., L. Saunier's Buchh., bei Th. Anhuth,  
E. Doubberck, L. G. Homann.

Nur für Jagdfreunde: Thierstudien in 4to. (12 Blatt Wild) à Dutz. 1 Thlr.

**Die L. Saunier'sche Buch- und Kunsthändlung,**  
**A. Scheinert in Danzig**  
empfiehlt zu Festgeschenken ihr reichhaltiges Lager von  
**Kupferstichen, Photographien**  
**und Oelfarbendrucken.** (6265)

7028)

Carthaus, den 16. Dezember 1874.

Apolant.

Gestern Abend, 6¼ Uhr, entschlief sanft  
nach schwerem Leiden meine innig ge-  
liebte Frau Hilda, geb. Wolter, in ihrem  
29. Lebensjahr. Dieses zeigt um stille Theil-  
nahme bittend tief gebeugt an, im Namen  
seiner unzähligen Kinder und Verwandten.

Marienwerder, den 16. Dezember 1874.

Rudolph Funcke.

Die Beerdigung findet Sonntag früh,

8½ Uhr, statt. (7029)

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 10 Uhr starb unsere innig ge-  
liebte Herzige Hildegard im Alter von  
beinahe 4 Jahren an der Bräune. Dies  
zeigen wir in tieffem Betrübniß Fremden  
und Bekannten an.

Osterode i. Ostr., 16. Dezember 1874.

Carl Brown, Baumeister.

Louise Brown, geb. Hellwig.

So eben traf ein und wurde an meine

Besteller verhandt:

Freytag, Die Ahnen,  
III. Abh. Die Brüder vom Deutschen  
Hause.

Weitere Bestellungen bei

F. A. Weber,

Buch-, Kunst- und Musik-Handlung,  
Danzig, Langgasse 78. (7024)

So eben traf in Danzig in der unter-  
zeichneten Buchhandlung ein und wurde den  
Abonnenten zugesandt:

G. Freytag.

Die Ahnen. III. Theil.:  
Die Brüder vom Deutschen Hause.

geheftet 2 R., eleg. geb. 2 R. 10 Sgr.

L. Saunier'sche Buchhandlung,  
(A. Scheinert). (7026)

Freytag's Ahnen III.  
Die Brüder vom deut-  
schen Hause.

geb. 2 R., geb. 2 R. 10 Sgr.

vorrätig in Danzig in

L. G. Homann's Buchhandlung,  
Prowe & Beuth, Jopengasse.  
(7035)

Wagner: Rienzi.

Clavierauszug mit Text, Ouverture,  
Arrangements von P. S. Bülow u. c.  
2ms. und 4ms. vorrätig bei

Th. Eisenhauer.

(7027)

Halifax-Schlittschuhe  
Patent-Schlittschuhe,  
Riemen-Schlittschuhe

für Damen, Herren u. Kinder empfiehlt in  
größter Auswahl zu den billigsten Preisen

L. Flemming.

Johannisthor 44.

Hochfeine Spielwaaren,  
Puppen und extra feine und  
dauerhafte Puppengestelle, sowie einzelne  
Köpfe, empfiehlt billist.

Louis Willdorff,

Ziegengasse 5.

Wafeleisen

empfiehlt billist

L. Flemming.

Johannisthor 44.

Ein eleganter mah. Stützflügel neuester  
Construction, mit vorzügl. Eisenver-  
spreitung, 7 Oct. i. f. d. Preis v. 125 Thlr.

zu verk. Heiliggeistgasse 118, 1 Tr.

Einsätzen künstlicher Zahne,  
sowie Ausführung sämmtl.  
Zahnoperationen schmerzlos in

Kniewal's Atelier, Heilig-

geistgasse 25, Ecke d. Ziegengasse, Danzig.

Gelegenheits-Gedichte jeder Art fertigt | Herschaffl. Diener m. g. Beigaben (un-  
Agnes Deutler Wwe., 3. Damum 13 | verh.) l. sich m. Jopeng. 58, 3. Dann.

Hierzu eine Bellage.

7028)

Carthaus, den 16. Dezember 1874.

Apolant.

Gestern Abend, 6¼ Uhr, entschlief sanft  
nach schwerem Leiden meine innig ge-  
liebte Frau Hilda, geb. Wolter, in ihrem  
29. Lebensjahr. Dieses zeigt um stille Theil-  
nahme bittend tief gebeugt an, im Namen  
seiner unzähligen Kinder und Verwandten.

Marienwerder, den 16. Dezember 1874.

Rudolph Funcke.

Die Beerdigung findet Sonntag früh,

8½ Uhr, statt. (7029)

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 10 Uhr starb unsere innig ge-  
liebte Herzige Hildegard im Alter von  
beinahe 4 Jahren an der Bräune. Dies  
zeigen wir in tieffem Betrübniß Fremden  
und Bekannten an.

Osterode i. Ostr., 16. Dezember 1874.

Carl Brown, Baumeister.

Louise Brown, geb. Hellwig.

So eben traf ein und wurde an meine

Besteller verhandt:

Freytag, Die Ahnen,  
III. Abh. Die Brüder vom Deutschen  
Hause.

geheftet 2 R., eleg. geb. 2 R. 10 Sgr.

L. Saunier'sche Buchhandlung,  
(A. Scheinert). (7026)

Freytag's Ahnen III.  
Die Brüder vom deut-  
schen Hause.

geb. 2 R., geb. 2 R. 10 Sgr.

vorrätig in Danzig in

L. G. Homann's Buchhandlung,  
Prowe & Beuth, Jopengasse.  
(7035)

Wagner: Rienzi.

Clavierauszug mit Text, Ouverture,  
Arrangements von P. S. Bülow u. c.  
2ms. und 4ms. vorrätig bei

Th. Eisenhauer.

(7027)

Halifax-Schlittschuhe  
Patent-Schlittschuhe,  
Riemen-Schlittschuhe

für Damen, Herren u. Kinder empfiehlt in  
größter Auswahl zu den billigsten Preisen

L. Flemming.

Johannisthor 44.



# Weihnachts-Ausstellung.

In den oberen Räumlichkeiten meines Geschäftslokals

Langenmarkt 3

habe ich zur Bequemlichkeit eines geehrten Publikums in diesem Jahre schon jetzt eine Ausstellung von Gegenständen, welche sich zu Weihnachts-Geschenken eignen, eingerichtet und empfehle dieselbe hiermit ganz ergebenst; es sind darunter die neuesten und geschmackvollsten Artikel deutscher, englischer, französischer und japanischer Industrie, die Preise sind äußerst billig gestellt.

Hochachtungsvoll

**Albert Neumann,**  
Langenmarkt 3.

7022)

# Zu Weihnachts-Einkäufen

empfehlen als äußerst billig:

Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche,

Damenhemden, reich garnirt, von 20 Sgr. an, Bunt leinene Schürzen von 13 Sgr. an, Moireschürzen, mit und ohne Besatz, Herren-Nachthemden von 17½ Sgr. an, Corsetts in grau, weiß, roth, gelb &c. &c., Negligé-Jacken mit Besatz von 17½ Sgr. an, Bunt lein. Kinderschürzen v. 7½ Sgr. an, Damen-Pantalons mit Besatz v. 19 Sgr. an, Damenkrüppen und Manschetten, Nachthauben, reich garnirt, von 3 Sgr. an, Garnituren &c. in guten Qualitäten. Weiße fertige Röcke von 15 Sgr. an, ¼-Taschentücher, rein Leinen, Th. 1½ Thlr. Shirtingschürzen, besetzt, v. 8 Sgr. an, ¾-Kindertücher, 25 Sgr. Shirring, Chiffon, Negligéstoffe in großer Auswahl.

**S. Hirschwald & Co.,**

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik,  
Wollwebergasse No. 15, neben Herrn Konicki.

# Zu Weihnachtseinkäufen

empfohlen:

**Schuhwaaren** für Damen, Herren und Kinder, beste Fabrikate, in allen Sorten und den neuesten Haars in großer Auswahl. Wasserdichte, warme Holzohlschuhe, feine a 1½ und 1¼ P. Höhe und g. wöhnlidche Gummischuhe, jeder Art. **Vorjährige Filzschuhwaaren**, darunter Damens- und Herren-Filzgallotchen, sowie Kinder-Tuchstiefeln mit dicken, wasserdichten Tuchsohlen haben wir zu sehr billigen Preisen zum Ausverkauf aufgestellt.

**Reisegegenstände.** Alle Sorten Damen- und Herrenkoffer, Taschen jeder Art, Kofferhaken, Blaiderriemen, Reisenecessairs, Portefeuillewaaren, Schlafkissen Lufikissen.

**Damentaschen** in größter Auswahl, in neuesten, sehr billigen Mustern.

**Korbwaaren.** Botanistkrammeln. Vogelbauer. **Jagdtaschen.**

Eiserne Bettstelle, zusammenlegbar, ohne od. mit Drahthoden, wog. weder eine Matratze noch Kettfissen nötig. Seegrasmatten und Kettenbillig. Eiserne Waschtische, rund, ohne und mit Handtuchhalter a 1½ und 1¾ P.

Sauermilchische garnet von 8–10 P. Kinderkorbwagen in dunklen und hellen Geslechten, mit bestem Eisengestell und eben solche **Puppenwagen** in reicher Auswahl.

**Schaukel- und Räderpferde,** Kinderpeitschen, Gummibälle, Lampions.

**Schultaschen,** Säultornister, Federkästen, Tafeln, Frühstücksdosen.

**Lederhöschen** und Lederstoffschränke in eleganten, neuen Mustern, für Damen und Kinder.

**Pferdegesäßir-Artikel**, alle Sorten Sattlerwaaren und Geschirrbeschläge in Neusilber, Stahl und lackirt Peitschen, Gabracken, Decken, Gurte, Reitzeuge, Führleinen, Wagenlaternen. Beste **Sallaternen**.

**Petroleum-Lampen.** Tisch-, Wand- und Hängelampen. Küchenlampen. Unsere große Auswahl in allen Sorten Lampen aus den besten Materialien, besonders in sehr billigen, feinen und schönen Tischlampen empfehlen wir älterer Beleuchtigung.

**Petroleum-Kochapparate** neuerster und bester Construction in jeder Größe.

**Krankenwagen**, Zimmer, loses, Eisprinde &c.

**Oertell & Hundius,**

72 Langgasse 72.

6117)

# Weihnachts-Ausstellung

bei **Julius Konicki,**

Große Wollwebergasse No. 14.

**Zu Fest-Geschenken**

empfiehlt mein Lager  
**Lederwaaren:** Portemonnaies, Cigarren-, Visitenkarten- und Briefäschchen, Reise-, Markt-, Handtaschen, Album, Schultaschen für Knaben und Mädchen.

Kein geschnitzte Holzwaaren: Noten-, Zeitungs-, Stock-, Photographie-

Gänder, Cägarren, Convent-, Marlen-, Nähkästen, Kartonpressen, Lesepulte, Garderoben-, Handbuch-, Schlüssel-, Uhrhalter.

Mannschaften von 2½ Thlr. ab.

Alabaster-Gegenstände in großer Auswahl.

Japan. Waaren: Th. ebretter, Theekästen, Service, Schreibkästen, Aschhaalen &c.

Manschettenknöpfe in jeder Art.

Alsfunde-Waaren, wie Messer, Gabeln, Eß- u. Theelöffel, Butter, Käsegloden, Me-

nogen, Fruchtstäbe, Aschhaalen, Services, Schwedenständen, Flaschen- und Gläseruntersetzer &c.

**Julius Konicki,**

1. Große Wollwebergasse 14.

7044)

# G. Gepp, Kunstdrechsler,

43. Jopengasse 43,

empfiehlt zu passenden Weihnachts-Geschenken sein großes Lager von langen und kurzen Tabakspfeifen, Cigarren-piken, Spazierstäcken, Portemonnaies und Cigarrenthalchen, Schach- und Dominospiesen, Schachkettern, Whistmarken und Teller, Tabakdosen, Manschetteinfäden, Kopf-, Bahn- und Goldbüsten, Frisur- und Kopftümmern, Kopfnadeln; alle Sorten Schnull-Gestände in Stahl, Elfenbein, Schildpatt, Bernstein und Jet, Elfenbein-Staffeleien zu Photographien, Elfenbein-Spiegel u. s. w. zu billigen Preisen.

**Ballfächer** wegen Aufgabe zu bedeutend herabgesetzten Preisen. (7040)

# Die Schuh- und Stiefel-Fabrik

Ketterhagergasse No. 14. von **F. W. Kmin** Ketterhagergasse No. 14.

empfiehlt ihr Lager von Schuhen und Stiefeln jeder Art für Herren, Damen und Kinder, sowie auch Gummischuhe mit und ohne einschlaende Sohlen, zu soliden Preisen. Alte Bestände, darunter Stiefel und Schuhe, werden zu ganz billigen Preisen ausverkauft.

**Zu**

Weihnachts-Geschenken

empfiehlt zu bedeutend herabgesetzten Preisen eine große Partie

Kopfhäls von 9 Sgr. an, Wollene Damen-Wästen von 25 Sgr. an,

Wollene Kinder-Wästen von 15 Sgr. an, Seidene Schädelchen von 2½ Sgr. an,

Seidene Damen-Tücher von 7 Sgr. an, Portemonnaies von den billigsten bis zu hochstehen,

Cigarrentaschen in großer Auswahl,

Seidene Herren-Cahenzen von 15 Sgr. an, Schärpenbänder in den schönsten Farben,

Garderoben- und Handbuchhalter verkaufe, um damit zu räumen, zu äußerst billigen Preisen.

(6976)

**J. Klonower jun.,**  
Wollwebergasse.

**Große französische Wallnüsse** gibts sachweise billigst ab

**G. A. Rehan.**

Drei alte Lefanchenz-Doppelkinten, belgisches und französisches Fabrikat mit feinen Damascenern, sehr gut erhalten, habe billig zu verkaufen.

**A. W. v. Glowacki,** Königl. Büchsenmacher und Waffenfabrikant, Breitgasse No. 115. (7021)

**Bekanntmachung.**

Um wiederholter aufgetretenen böswilligen Geschäft zu begegnen, theile ich ergebenst mit, daß ich das künftig erworbene Geschäft des verstorbenen Schornsteinfegermeisters Koch mit dem meinigen vereinigt habe und beide Geschäfte nach wie vor in ungeachteter Weise zur Zufriedenheit der verehrlichen Kundenschaft fortführe. Contrakte bitte ich nur mit mir persönlich zu schließen und Zahlungen nur gegen solche Quittungen zu leisten, die mit der gedruckten Firma J. W. B. Koch vertheilt sind.

Hochachtend  
**F. W. B. Koch,** Schornsteinfegermeister, Siegengasse 1, eine Treppe.

7014) Ansprechender Redaktur S. Röderer Druck und Verlag von A. W. Klemm.

Ein kleiner Schlitten, einpännig, wird zu kaufen gesucht. Adr. u. 7025 i. der Exp. d. Btg. erbeten.

# Zu Weihnachts-Einkäufen

empfiehlt

Chocoladen in allen Sorten und in zierlichen Cartons von Jordan & Limaens. Catharinen-Pflaumen in Blechbüchsen und in kleinen Holzschachteln, Thorner Pfefferkuchen, Maronen, feinste Desserts, Confect, Chinois, Früchte zum Belegen des Marzipans, engl. Biscuits in Blechbüchsen, engl. Marmeladen u. eand Ingber; ferner Traubenrosinen in diversen Marken, Smyrn. Feigen, Maroccauer u. Alexandrine Datteln, beste Schaalmmandeln, franz. Wallnüsse, Lamberts- und Paranüsse, Wachsstock, gelb und weiß, Wachs- und Paraffin-Baumlichte.

**Carl Schnarcke.**

# Spieldosen und Musikwerke

empfiehlt in größter Auswahl

**Franz Koch, Berlin C., Gertraudtenstr. 7.**

Illustrirte Preis-Courante von Uhren und Musikwerken sende sofort gratis und franko.

(6488)

# Flügel und Pianinos

von besonderer Güte empfiehlt zu Fabrikpreisen unter Garantie

**Ph. Wiszniewski,**

Pianofortebauer,

3. Damm 3.

Reparaturen an Pianos führe aufs Beste aus.

(5027)